



Peter Beule (Hrsg.)

# **GUTES KLIMA – GUTE GESELLSCHAFT!**

**Die ökologische Frage in der Sozialen Demokratie**

Peter Beule (Hrsg.)

## **GUTES KLIMA – GUTE GESELLSCHAFT!**

Die ökologische Frage in der Sozialen Demokratie

---

**geschichte.macht.zukunft**

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Archiv der sozialen Demokratie

## IMPRESSUM

geschichte.macht.zukunft  
herausgegeben vom  
Archiv der sozialen Demokratie  
der Friedrich-Ebert-Stiftung  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn

Online recherchierbar unter:  
<https://www.fes.de/bibliothek/fes-publikationen>

Eine gewerbliche Nutzung der von  
der Friedrich-Ebert-Stiftung  
herausgegebenen Medien ist ohne  
schriftliche Zustimmung der  
Herausgeberin nicht gestattet.

© 2020 by Friedrich-Ebert-Stiftung,  
Bonn

### Redaktion:

Dr. Peter Beule, Jacob Hirsch, Jenny  
Schiemann

### Gestaltung und Satz:

PAPYRUS – Lektorat + Textdesign,  
Anja Rosenthal, Buxtehude

### Umschlag:

Maya Hässig, Köln

### Bildnachweis (Umschlag):

»Die Zukunft Europas: Mehr Arbeit  
für eine bessere Umwelt«, hg. v.  
Europäischer Gewerkschaftsbund  
(EGB) anlässlich des Europäischen  
Umweltjahres 1987/1988. Quelle:  
AdsD, Rechte: Rechteinhaber nicht  
ermittelbar (Vorderseite).  
»In Zukunft ohne Atom. SPD«, Plakat  
anlässlich der Umsetzung der Nürn-  
berger SPD-Beschlüsse zur Atomkraft;  
Erklärung des SPD-Parteivorstands  
vom 16.11.1987 zur Energiepolitik,  
Quelle: AdsD, Rechte: BUTTER.  
Agentur für Werbung GmbH  
(Rückseite).

### Druck:

Druckerei Brandt GmbH, Bonn  
Printed in Germany 2020

ISBN 978-3-96250-674-2

## Inhalt

### Kurt Beck

Vorwort ..... 3

### Rita Schwarzelühr-Sutter

Klimapolitik für die große Mehrheit: Wie schaffen  
wir den sozialökologischen Umbau für unsere  
Gesellschaft? ..... 4

### Felix Lieb

Von »blauen Himmeln«, »sterbenden Wäldern«  
und »Atomkanzlern«: Etappen, Erfolge und Pro-  
bleme sozialdemokratischer Umweltpolitik bis  
zum Vorabend der rot-grünen Koalition ..... 6

**Kurt Beck**

## Vorwort

Der ökologische Wandel ist das Megathema unserer Zeit. Er verändert Gesellschaften, unsere Art zusammenzuleben und zu wirtschaften. Er konfrontiert uns mit der Frage nach der Demokratie der Zukunft und der Arbeitswelt von morgen. Wie kann der ökologische Transformationsprozess gelingen? Wie können wir sicherstellen, dass ökologische, wirtschaftliche und soziale Ziele gleichermaßen berücksichtigt werden? Die Menschen, insbesondere die junge Generation, erwarten konkrete Antworten. Die Umweltbewegungen in vielen Teilen der Welt und das wachsende Bewusstsein der Bevölkerung weisen in die richtige Richtung. Aber es gibt auch immer wieder Rückschläge. Die Leugnungen des US-amerikanischen Präsidenten oder des Präsidenten Brasiliens sind besonders erschreckende Beispiele für die Unfähigkeit, wissenschaftliche Erkenntnisse als Basis für politisches Handeln anzuerkennen und Handlungsfelder zu entwickeln.

Neben der Frage nach Krieg und Frieden auf dieser Welt beschreibt der Klimawandel die entscheidende Zukunftsfrage. Als solche muss er auch in Zeiten der Corona-Krise, die vieles zu überlagern droht, in den Mittelpunkt der politischen Bemühungen gerückt werden. Die Friedrich-Ebert-Stiftung legt seit vielen Jahren einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf das Thema sozial-ökologische Transformation. In unterschiedlichen Veranstaltungsformaten bringen wir Politik, Wissenschaft, Verbände und Zivilgesellschaft zusammen, um Strategien und Lösungsansätze zu erarbeiten und zu diskutieren. In diesem Zusammenhang darf ich auf unser Transformationsforum »Global Green Deals« hinweisen, das am 1. Oktober 2020 stattgefunden hat und mit dem wir zu einer politischen Debatte über die konkrete Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation in ihrer europäischen und globalen Dimension eingeladen haben.

Das Nachdenken über die ökologische Frage hat eine lange Tradition in der Sozialen Demokratie. In Erinnerung gerufen sei Willy Brandts Forderung nach dem »Blauen Himmel über der Ruhr« aus dem Jahr 1961, die – wie ich mich selbst erinnere, damals oft belächelt – das Umweltthema zum ersten Mal in Deutschland wirklich breit in die öffentliche Diskussion brachte. In den 1970er- und 1980er-Jahren war

die Sozialdemokratie ein Ort der zukunftsweisen den Auseinandersetzung über den Zusammenhang von Umwelt, Wachstum und sozialer Gerechtigkeit. Damals wie heute ist der scheinbare Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie sehr stark herausgearbeitet worden. Auch die Sozialdemokratie hat in den vergangenen Jahrzehnten nicht immer ausreichend getan, um diesen Gegensatz, der keiner sein muss, aufzulösen. Umso wichtiger ist es, dass wir die Diskussion heute mit großem Elan führen.

Die in dieser Broschüre abgedruckten Beiträge von Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, und dem Historiker Felix Lieb gehen auf unser digitales Podium »Gutes Klima – Gute Gesellschaft! Die ökologische Frage in der Sozialen Demokratie« am 8. September 2020 zurück, das Spitzenpolitiker\_innen der SPD mit Umweltaktivist\_innen der jungen Generation zusammenbrachte und Lösungsansätze diskutierte. Weitere Gesprächspartner\_innen waren Delara Burkhardt, Mitglied des *Europäischen Parlaments*, Etienne Denk von *Fridays for Future* und Steffen Göths von der Jugendorganisation *Die Falken*.

Die Veranstaltung »Gutes Klima – Gute Gesellschaft! Die ökologische Frage in der Sozialen Demokratie« bildete die Fortsetzung unserer neuen Veranstaltungsreihe »geschichte.macht.zukunft«. Mit »geschichte.macht.zukunft« wenden wir uns ab 2020 Schlüsselthemen und Herausforderungen der Gegenwart zu und diskutieren vor dem Hintergrund ihrer historischen Entwicklung Lösungsansätze. Durch historisch-kritische Tiefenschärfungen begleiten und unterstützen wir die Suche nach einer Demokratie der Zukunft, die weiterhin soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Interessenvertretung aller Menschen gewährleistet. Denn erst der Blick auf die Geschichte schärft das Verständnis der Gegenwart als Zeit möglicher Veränderungen und als Ort von Neuanfängen.



**Kurt Beck**

Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung. Quelle: FES.

**Rita Schwarzelühr-Sutter**

## **Klimapolitik für die große Mehrheit. Wie schaffen wir den sozialökologischen Umbau für unsere Gesellschaft?**

Ein Zitat, das oft genannt wird, wenn es um die Geschichte der sozialdemokratischen Umweltpolitik geht, ist die Forderung von Willy Brandt aus dem Jahr 1961: »Der Himmel über dem Ruhrgebiet muss wieder blau werden«. Willy Brandts Forderung kann als der Beginn umweltpolitischen Denkens in Deutschland gelten. Brandt rückte damit ein bis dahin als regional wahrgenommenes Problem ins Blickfeld der gesellschaftspolitischen Debatte. Und er machte auf die Schattenseiten des deutschen Wirtschaftswunders aufmerksam.

Die Herausforderungen der Transformation – Digitalisierung, Strukturwandel, Klimawandel und Verlust der Artenvielfalt – zu erkennen und Lösungen aufzuzeigen, wie unsere Gesellschaft zukunftsfähig aufgestellt werden kann, ist weiterhin handlungsleitend für die Sozialdemokratie. Dabei wollen wir nicht nur Ziele aufstellen, sondern diese auch mit klarem Blick nach vorne umsetzen.

Ich möchte gerne anhand von drei Punkten deutlich machen, in welchem Zusammenhang »Gutes Klima – Gute Gesellschaft!« stehen.

### **Erstens: Wir machen Umweltpolitik gerade für die große Mehrheit.**

Wer ist betroffen von Umweltveränderungen? Die reichsten zehn Prozent auf der Erde sind für die Hälfte der Treibhausgase verantwortlich und treiben den Klimawandel mit ihrem Konsum weiter voran. Die Verursacherinnen und Verursacher sind aber in aller Regel nicht die Betroffenen. Extremwetterereignisse wie Starkregen, Überschwemmungen oder Dürren nehmen weltweit zu – das merken wir ja jetzt auch hier bei uns in Deutschland.

Betroffen vom Klimawandel sind vor allem diejenigen, die sich nicht schützen können. Das ist beim Umweltschutz genauso wie beim Einbruchschutz. Vereinfacht gesagt: Reiche Länder bauen Dämme oder installieren Klimaanlage, die Bevöl-

kerung ärmerer Länder leidet unter klimatischen Veränderungen oder Naturkatastrophen.

Auch in Deutschland gibt es einen deutlichen Zusammenhang zwischen Einkommen und dem Zugang zu einer gesunden Umwelt: In sozial benachteiligten Quartieren sind Menschen verstärkt Umweltbelastungen wie Lärm und Schadstoffen ausgesetzt. Menschen mit niedrigem Einkommen müssen häufiger längere Wege zu Grünanlagen zurücklegen und leiden mehr unter dem Hitzestress im städtischen Umfeld.

### **Zweitens: Wir brauchen gesamtgesellschaftliche Kompromisse, um in der Umweltpolitik voranzukommen.**

Ich finde: Wir müssen Umwelt- und Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreifen, bei der wir alle zusammen an einem Strang ziehen. Wir müssen weg vom selbstverordneten negativen Narrativ des »wir-gegen-die« oder des »es-ist-eh-zu-spät« hin zum positiven Narrativ einer gemeinschaftlichen Zukunftsidee, von der wir alle etwas haben.

Und es braucht Mehrheiten, braucht den demokratischen Aushandlungsprozess. Das ist mitunter zeitraubend, aber das Ergebnis der Kohle-Kommission hat gezeigt, dass es sich lohnt. Es ist nicht nur ein belastbarer Pfad zum Ausstieg aus der Kohleverstromung entstanden, sondern es gab gleichzeitig ein klares Bekenntnis zur Unterstützung der betroffenen Menschen und Regionen. Wer gesamtgesellschaftlichen Konsens erzielen will, muss alle Perspektiven nachvollziehen können. Das ist der Verdienst der SPD.

Genau wie beim Kohleausstieg wünsche ich mir mehr Diskussion über die Grenzen der eigenen Filterblase hinweg. Nehmen wir das Beispiel Verkehr: Einigen kann das Ende des Verbrennungsmotors nicht früh genug kommen, andere haben berechnete

Sorge um ihren Arbeitsplatz. Führen wir diese Enden zusammen, ohne die eine oder die andere Seite zu verteufeln, ist schon viel gewonnen.

Das sehe ich auch als meine Kernaufgabe als Umweltstaatssekretärin. Deswegen habe ich mich dafür eingesetzt, dass wir in Deutschland ein Klimaschutzgesetz bekommen. Mit dem Klimaschutzgesetz haben wir die Verlässlichkeit und Planbarkeit der deutschen Klimapolitik auf neue Füße gestellt. Wir stellen sicher, dass wir Deutschland fit für die Zukunft machen: treibhausgasneutral und trotzdem wettbewerbsfähig.

**Drittens: Umwelt-, Klima- oder Gesundheitsschutz muss sozial gerecht sein. Dort, wo Bürgerinnen und Bürger zusätzlich belastet werden, soll dies auch ausgeglichen werden.**

Natürlich gibt es Umwelt- und Klimaschutz nicht zum Nulltarif. Was wir mit öffentlichem Geld machen, ist letztlich immer eine politische Entscheidung. Als Sozialdemokratin habe ich den Anspruch, dass alle die Möglichkeit haben, auf umweltfreundliche Alternativen umzusteigen. Dort, wo Bürgerinnen und Bürger zusätzlich belastet werden, soll dies abgefedert werden. Dieser Ausgleich sichert

den gesellschaftlichen Zusammenhalt, ohne den es keinen erfolgreichen Klima- und Umweltschutz geben wird.

Umweltschutz ist nur dann erfolgreich, wenn er auch die sozialen Fragen beantwortet. Und soziale Gerechtigkeit gibt es nur in einer intakten Umwelt. Damit wir diese enorme Herausforderung gemeinsam schaffen können, hat das Umweltministerium im Juni die Dialogreihe »Wir schafft Wunder« gestartet. Zum Auftakt des Austauschs hat unsere Umweltministerin Svenja Schulze ein Impulspapier vorgestellt, in dem das BMU neun sehr konkrete Zukunftsbilder entwickelt hat. Sie beschreiben, wie unser Leben, unsere Wirtschaft, unsere Arbeit und unser Konsum im Jahr 2050 aussehen könnten, wenn wir das Klima konsequent schützen und die biologische Vielfalt erhalten. In diesem und nächsten Jahr werden wir im BMU verschiedene Veranstaltungs- und Beteiligungsformate durchführen. Es würde mich freuen, wenn Sie und ihr diese Dialogreihe bereichern.



**Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB**  
Parlamentarische Staatssekretärin  
im Bundesministerium für Umwelt,  
Naturschutz und nukleare Sicherheit.

Felix Lieb

## Von »blauen Himmeln«, »sterbenden Wäldern« und »Atomkanzlern«: Etappen, Erfolge und Probleme sozialdemokratischer Umweltpolitik bis zum Vorabend der rot-grünen Koalition

### Der blaue Himmel über der Ruhr, oder: die sozial-ökologische Traditionsbildung in der SPD

»Der Himmel über dem Ruhrgebiet muß wieder blau werden!«<sup>1</sup> Diese Worte Willy Brandts aus dem Bundestagswahlkampf 1961 markierten – so meinen viele – den Beginn der Umweltdiskussion in Deutschland. Sie werden zudem bis heute als Beleg dafür herangezogen, dass Brandt damit den Umweltschutz zu einem sozialdemokratischen Kernthema gemacht habe.<sup>2</sup> In der Tat haben sich Sozialdemokrat\_innen mit dem Thema Umweltschutz schon beschäftigt, bevor die Umweltbewegung es in das Zentrum der politischen Debatte gerückt hat. Bereits im Lauf der 1960er-Jahre gab in sozialdemokratisch regierten Ländern zahlreiche Anstöße, die Umweltverschmutzung zu bekämpfen, beispielsweise durch eine Verringerung der Luftschadstoffe oder die Bekämpfung der Wasserverschmutzung. Willy Brandt war der erste Kanzler, der den Umweltschutz zur Aufgabe der Bundespolitik machte.

1 Vorstand der SPD (Hrsg.), Das Regierungsprogramm der SPD. Außerordentlicher Kongress der SPD, Bonn 1961, S. 25.

2 »Mit diesen für die eigenen Leute, den politischen Gegner und die Öffentlichkeit völlig überraschenden Worten erhob Willy Brandt 1961 Umweltschutz zum einem vorrangigen politischen Ziel der SPD. [...] Für die SPD als »Anwalt der kleinen Leute« war Umweltschutz stets Politik für mehr Lebensqualität. Das ist unsere besondere Motivation für Umweltschutz und Verpflichtung für sozialdemokratische Politik heute wie 1961.« Vgl. *Ulrich Kelber*, Soziale Gerechtigkeit durch mehr Umweltschutz. 50 Jahre »Der Himmel über dem Ruhrgebiet muss wieder blau werden«. Vorlage für die Sitzung des SPD-Präsidiums am Montag, 11. April 2011, S. 1. Online unter [https://www.spd-rn.de/dl/20110428\\_50\\_jahre\\_blauer\\_himmel\\_ueber\\_der\\_ruhr.pdf](https://www.spd-rn.de/dl/20110428_50_jahre_blauer_himmel_ueber_der_ruhr.pdf) (letzter Zugriff am 15. September 2020).



Verkündung des Regierungsprogramms der SPD durch Willy Brandt in der Beethovenhalle in Bonn am 28.4.1961. Rechte: J. H. Darchinger/FES.

1971 verabschiedete der Bundestag das erste umfassende »Umweltprogramm«, 1974 wurde das Umweltbundesamt eingerichtet und durch zahlreiche Gesetzesinitiativen wurden verbindliche Grenzwerte für die Verschmutzung von Luft, Wasser und Böden festgelegt.<sup>3</sup> Die konkrete Ausgestaltung der Umweltgesetzgebung lag zwar in erster Linie in der Hand des FDP-geführten Innenministeriums, trotzdem kommt diesen Initiativen in der innersozialdemokratischen Traditionsbildung nach wie vor eine zentrale Bedeutung zu: »Der Anstoß zum Umweltschutz als Politik für mehr Lebensqualität und

3 Vgl. als Übersicht *Frank Uekötter*, Deutschland in Grün. Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte, Göttingen/Bristol 2015, S. 119–126; *Franz-Josef Brüggemeier*, Tschernobyl, 26. April 1986. Die ökologische Herausforderung, München 1998, S. 217, 221f.

mehr soziale Gerechtigkeit war durch Willy Brandt und die SPD erfolgt!«<sup>4</sup>



Willy Brandt und Hans-Dietrich Genscher am 10.9.1970. Konstituierende Sitzung des Kabinettsausschusses »Umweltfragen«. Rechte: J. H. Darchingner/FES.

Diese These ist zwar nicht ganz falsch, denn die ökologische Traditionslinie innerhalb der SPD, die damit rückblickend betont werden soll, kann sich zurecht auf einige zentrale umweltpolitische Errungenschaften der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt berufen. Das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Umweltschutz war aber keine reine Erfolgsgeschichte, sondern gleichzeitig von Rückschlägen und Widersprüchen gekennzeichnet. Sie resultierten aus der Frage, ob und wie der Schutz der Umwelt mit dem bisherigen sozialdemokratischen Politikkonzept in Einklang gebracht werden kann. Der Aufstieg der Umweltbewegung seit den 1970er-Jahren stellte die Partei folgerichtig vor zahlreiche Probleme; erst recht, nachdem sich 1980 die Grünen gegründet hatten, die seitdem mit der SPD um die Mehrheit links der Mitte konkurrierten.

Das Thema ist aktueller denn je, die Brisanz des Umweltthemas hat sich angesichts der Fridays for Future-Proteste und der weiter gestiegenen Sensibilität für die Gefahren des Klimawandels nochmals verschärft. Welche Antwort die Sozialdemokratie auf die Umwelt- und Klimakrise finden wird, wird mitentscheidend für die Zukunftsfähigkeit der Partei sein. Allein die Erinnerung an die berühmten Worte Brandts vom »blauen Himmel über der Ruhr« und die Umweltpolitik der frühen 1970er-Jahre wird dazu aber nicht ausreichen, schließlich wird die SPD schon jetzt bei manchen Wahlen von den Grünen überholt.<sup>5</sup> Zentrale Fragen lassen sich

erst bei einer genaueren Analyse der wichtigsten Wegmarken, Errungenschaften, aber auch Versäumnisse sozialdemokratischer Umweltpolitik in den letzten Jahrzehnten beantworten: Warum hat die SPD ihren Vorsprung an ökologischer Expertise verspielt, und hätte es auch anders kommen können? Was zeichnete sozialdemokratischen Umweltschutz in der Vergangenheit eigentlich aus, welchen Stellenwert besaß er innerhalb des sozialdemokratischen Wertehorizonts und welche Zukunftsperspektiven kann er eröffnen?

### Die »Grenzen des Wachstums« im »Atomstaat«: sozialdemokratische Umweldebatten während der sozial-liberalen Koalition

Für die frühe Annäherung der SPD an den Umweltschutz als universelles politisches Thema, das über einzelne Sanierungsmaßnahmen hinausgeht, war charakteristisch, dass sie sich auf prominente, aber wenige Köpfe wie beispielsweise Willy Brandt oder Erhard Eppler konzentrierte. Von einer genuin ökologischen Diskussion kann überhaupt erst seit den 1970er-Jahren gesprochen werden. Das frühe Engagement der Arbeiterbewegung gegen industrielle Schadstoffe hatte sich beispielsweise primär als Gesundheits- und Arbeitsschutz verstanden, dem ein Bewusstsein für die grundlegenden ökologischen Zusammenhänge in der Interaktion von Mensch und Umwelt noch gefehlt hatte. Ähnliches gilt auch für die Beteiligung von Sozialdemokrat\_innen in der »Kampf dem Atomtod«-Bewegung in den 1950er-Jahren. Sie war vor allem friedenspolitisch motiviert gewesen und hatte die militärische Nutzung der Kernenergie angeprangert, nicht aber die zivile.<sup>6</sup> Als unter der sozial-liberalen Koalition zum ersten Mal eine Umweltpolitik ins Leben gerufen wurde, die diesen Namen verdiente, war sie außerdem zunächst eine Angelegenheit der Exekutive gewesen, also der Bundesregierung, der Landesregierungen und der Verwaltungen. Innerhalb der Partei hingegen war sie zunächst kein Thema größerer programmatischer Diskussionen. Während die FDP schon 1971 in ihren »Freiburger Thesen« die Bedeutung des Umweltschutzes betonte, dauerte es bis 1979, bis die SPD ihr erstes eigenes Ökologiekonzept verabschiedete – sogar die CDU war mit

<sup>4</sup> Kelber, Soziale Gerechtigkeit, S. 1.

<sup>5</sup> So z. B. bei der Europawahl 2019, bei der die SPD 15,8 % und die Grünen 20,5% erreichten.

<sup>6</sup> Eberhard Schmidt, Arbeiterbewegung, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main 2008, S. 157–186, hier S. 166.

ihrem »Umweltkonzept« von 1972 deutlich schneller.<sup>7</sup>

Bis dahin verstrich auch deswegen so viel Zeit, weil die innersozialdemokratische Umweltdiskussion eine äußerst spannungsreiche war. Sie nahm eigentlich erst nach der Verabschiedung des Umweltprogramms an Fahrt auf und damit just zu einem Zeitpunkt, als die Schattenseiten industriellen Wirtschaftens sichtbar wurden. Mit der Veröffentlichung des Berichts des »Clubs of Rome« über die »Grenzen des Wachstums« 1972 und der ersten Ölpreiskrise 1973 sowie der darauffolgenden Wirtschaftskrise wurde die Haltung der SPD zur Ökologie zu einem Konfliktthema, das einen Riss mitten durch die Partei zog. Auf der einen Seite artikulierten der konservative Parteiflügel um Helmut Schmidt immer lautere Zweifel am Ausbau der Umweltgesetzgebung. Auf der anderen Seite trieben Willy Brandt und vor allem Erhard Eppler die Diskussion über das Verhältnis von Wachstum, technischem Fortschritt und Umweltschutz weiter an. Aus dem zunächst positiv(er) besetzten Thema, das Teil des Projekts der inneren Reformen war, war jetzt eines geworden, das an zahlreichen ursozialdemokratischen Gewissheiten rüttelte. Die SPD als Partei des Fortschritts und des Technikoptimismus stand nun vor der Tatsache, dass, so Willy Brandt, »[i]ndustrielle und technologische Revolution sowie wirtschaftliches Wachstum [...] zu schweren Schäden der physischen und sozialen Umwelt [führen können], die die Existenz des Menschen gefährden«.<sup>8</sup> Mit diesem Appell bezog sich Brandt auf immer lauter werdende Zweifel an der Sinnhaftigkeit wirtschaftlichen Wachstums, die vor allem von Erhard Eppler geäußert wurden. An die Stelle des reinen Wirtschaftswachstums versuchte Eppler die »Qualität des Lebens« und das »qualitative Wachstum« als neue Indikatoren gesellschaftlichen



Bundeskanzler Willy Brandt, Debatte im Deutschen Bundestag am 20.09.1972. Rechte: J. H. Darching/FES.

Fortschritts zu setzen. Das führe in letzter Konsequenz zu einer grundlegenden Neudefinition fortschrittlicher und sozialdemokratischer Politik: »[E]s werden Progressive sein, die sich der Realität stellen, die sich fragen, was innerhalb der nun sichtbar werdenden Grenzen Fortschritt sei [...], [w]eil sie begriffen haben, daß die Fortschreibung des Gewohnten nicht nur keine ideale, sondern gar keine Zukunft mehr ergibt.«<sup>9</sup>



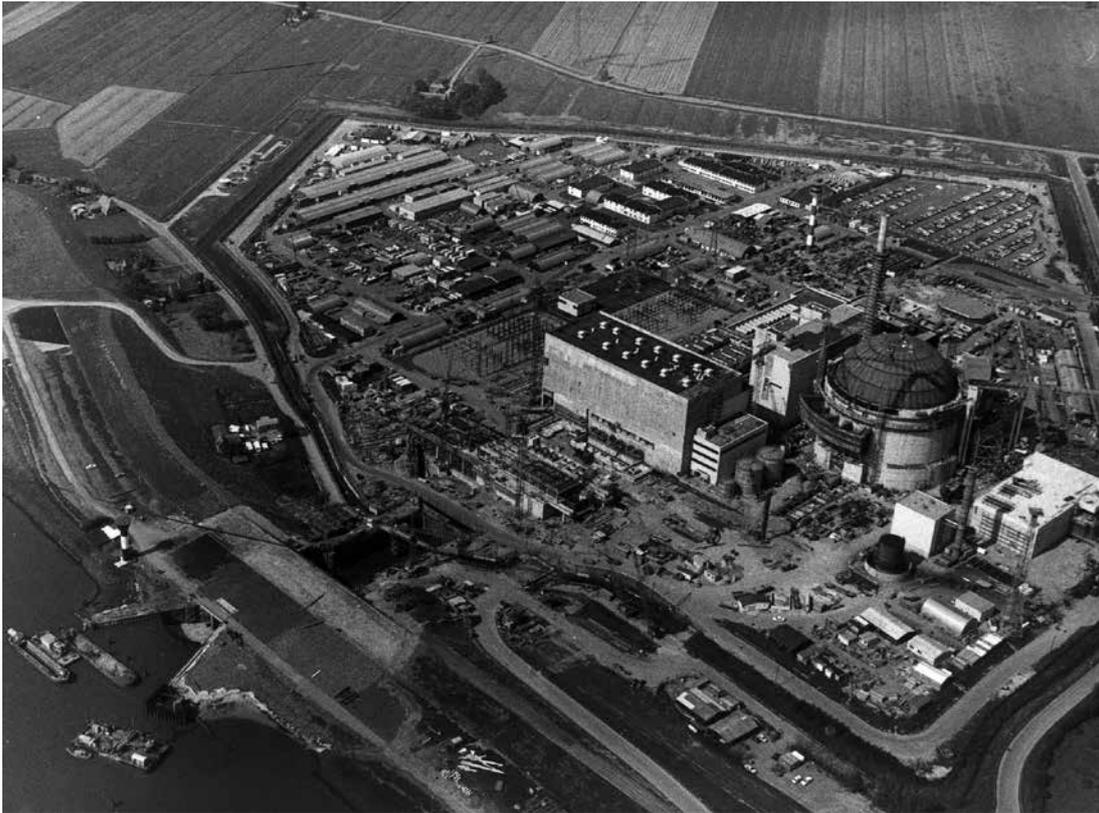
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Erhard Eppler 1972. Rechte: J. H. Darching/FES.

Die »Qualität des Lebens« fand prompt Eingang in den Wahlkampf 1972, aber noch denkbar allgemein:

7 Bundesvorstand der FDP (Hrsg.), Freiburger Thesen der F.D.P. zur Gesellschaftspolitik, Bonn 1971, insb. S. 71–78; SPD-Unterbezirk Frankfurt/Main (Bezirk Hessen-Süd), Antrag 664. Grundlagen für ein ökologisch-ökonomisches Gesamtkonzept, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 3. bis 7. Dezember 1979. ICC Berlin. Band II, Bonn 1979, S. 1124. Zum »Umweltkonzept« der CDU vgl. Edda Müller, Innenwelt der Umweltpolitik. Sozial-liberale Umweltpolitik – (Ohn)macht durch Organisation?, Opladen 1986, S. 84f.

8 Willy Brandt, Aus der Rede des Bundeskanzlers, Brandt, auf der Tagung der Nobelpreisträger in Lindau, 26. Juni 1972, in: Helga Grebing/Gregor Schöllgen/Heinrich August Winkler (Hrsg.), Willy Brandt. Berliner Ausgabe. Band 7. Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik. 1966–1974. Bearbeitet von Wolther von Kieseritzky, Bonn 2001, S. 320–328, hier S. 320.

9 Erhard Eppler, Die Qualität des Lebens, in: Ders. u. a. (Hrsg.), Überleben wir den technischen Fortschritt? Analysen und Fakten zum Thema Qualität des Lebens, Freiburg im Breisgau 1973, S. 9–21, hier S. 20.



Kernkraftwerk Brokdorf im Bau, 10.08.1984. Quelle: AdsD, Rechte: dpa.

»Lebensqualität meint Bereicherung unseres Lebens über den materiellen Konsum hinaus.«<sup>10</sup> Der Umweltschutz war dabei lediglich ein Teilaspekt und die Frage, wie sich der Schutz der Umwelt zum Grundziel des wirtschaftlichen Wachstums verhalten sollten, blieb ungeklärt. Die Diskussion darüber wurde anschließend in überwiegend praxisfernen Kreisen geführt, beispielsweise in der von Eppler geführten Grundwertekommission. Einer ihrer bekanntesten Berichte von 1977 äußerte erhebliche Zweifel daran, ob der lineare und technische Fortschritt, der bis dato Grundlage des sozialdemokratischen Politikverständnisses war, sich weiter fortsetzen werde und könne. Die Kommission sah nämlich das Ende der Epoche gekommen, in der sozialdemokratische Politik sich wie selbstverständlich auf die Vorzüge der technischen Entwicklung und die daraus folgende soziale Emanzipation der Arbeitnehmer\_innen verlassen könne. Sie bewege sich nun vielmehr in einer »gefährdeten Welt«, in der die Sinnhaftigkeit des wirtschaftlichen Wachstums hinterfragt werden müsse: »Der Verlust des Vertrauens in die Automatik des materiellen

Fortschritts und die Besinnung auf einen grundwertorientierten Fortschrittsbegriff führen notwendig dazu, daß das Wirtschaftswachstum für uns heute nicht mehr die zentrale Rolle als Fortschrittskriterium einnehmen kann, die es bis in die Mitte der sechziger Jahre innehatte.«<sup>11</sup>

Es brauchte jedoch einen Anlass und eine polarisierende Streitfrage, um den Umweltschutz zu einer tagesaktuellen Frage zu machen, die die gesamte Partei mobilisierte. Diese war mit der Auseinandersetzung um die Kernenergie seit Mitte/Ende der 1970er-Jahre gefunden. Basierte ein Großteil der bisherigen Energieversorgung auf billigem Erdöl aus dem Nahen Osten, reagierte die Bundesregierung auf die Ölpreiskrise mit einem Ausbau der Kohleverstromung und der verstärkten Nutzung der Kernenergie. Pläne aus dem Oktober 1974 sahen vor, den Anteil der Kernenergie an der Stromversorgung von bisher 4% auf 45% im Jahr 1985 zu

<sup>10</sup> Vorstand der SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Wahlprogramm der SPD. Mit Willy Brandt für Frieden, Sicherheit und eine bessere Qualität des Lebens, Bonn 1972, S. 27.

<sup>11</sup> Grundwerte-Kommission der SPD, I. Grundwerte in einer gefährdeten Welt. 5. Oktober 1977, in: Erhard Eppler (Hrsg.), Grundwerte für ein neues Godesberger Programm. Die Texte der Grundwerte-Kommission der SPD, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 15–42, hier S. 31. Vgl. ferner *Elke Seefried*, Partei der Zukunft? Der Wandel des Fortschrittsverständnisses der SPD 1960–2000, in: Fernando Esposito (Hrsg.), Zeitenwandel. Transformationen geschichtlicher Zeitlichkeit nach dem Boom, Göttingen/Bristol 2017, S. 193–225, hier S. 213.



Demonstration in Brokdorf am 19.02.1977. Quelle: AdsD, Rechte: photothek.

erhöhen.<sup>12</sup> Diese Zahlen erscheinen im Rückblick astronomisch hoch, doch sie lagen durchaus auf der Linie, die das Godesberger Programm vorgegeben hatte: »[Es ist] die Hoffnung dieser Zeit, daß der Mensch im atomaren Zeitalter sein Leben erleichtern, von Sorgen befreien und Wohlstand für alle schaffen kann, wenn er seine täglich wachsende Macht über die Naturkräfte nur für friedliche Zwecke einsetzt[.]«<sup>13</sup>

Der Fortschrittsoptimismus aus den Godesberger Zeiten war jetzt aber passé, eine breite, zivilgesellschaftlich stark verankerte Umweltbewegung übte immer größeren Druck aus. Vor allem bei den Jusos und Genoss\_innen in den Ländern gab es oftmals Interessensüberschneidungen mit den umweltbewegten Bürgerinitiativen. Dies war besonders dort der Fall, wo die regionale SPD von den Kernenergieausbauplänen direkt betroffen war: Die SPD in Baden-Württemberg um Erhard Eppler kämpfte gegen das Kernkraftwerk Wyhl, in Schleswig-Holstein und Hamburg versuchten Klaus Matthiesen,

Günther Jansen, Reinhard Ueberhorst und Hans-Ulrich Klose das Kraftwerksprojekt in Brokdorf zu verhindern und in Niedersachsen zog das geplante Entsorgungszentrum Gorleben den Unmut des Landesverbandes um Karl Ravens und Peter von Oertzen auf sich. Der Ton wurde im Laufe der Auseinandersetzung zunehmend rauer und die Fronten klarer gezogen: Auf der einen Seite stand die Regierungs- und Mehrheits-SPD um Helmut Schmidt, auf der anderen Seite der tendenziell junge und linke ökologische Flügel. Aus Juso-Kreisen war zum Beispiel zu hören, »daß die SPD als die Partei in die Geschichte eingeht, die mit Atomkanzler Schmidt künftigen Generationen ein Leben in Zivilschutzbunkern garantiert habe«.<sup>14</sup> Günther Jansen warf dem Kanzler »unsolidarisches Verhalten« vor, da dieser der »starke[n] Bewegung für eine Denkpause in der Kernenergiefrage« nicht entgegenkäme. »Es geht mir um die Umsetzung des Parteiwillens in Politik. Und da habe ich den Eindruck, daß Helmut Schmidt ein paarmal zu viel mit Industriellen und Bankiers auf Auslandsreise gegangen ist[.]«<sup>15</sup> Das Spaltpotenzial des Energiestreits war auch

12 Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/2713, Unterrichtung durch die Bundesregierung. Erste Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung, 30. Oktober 1974, S. 15.

13 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Godesberger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, Bonn 1959, S. 5. Hervorhebung im Original.

14 So der stellvertretende Juso-Vorsitzende Reinhard Schultz. Zit. nach AdsD (Archiv der sozialen Demokratie), HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSA006328, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 63, Mai 1979, Bl. 3.

15 Günther Jansen, »Es gibt doch keine Majestätsbeleidigung«. Interview mit dem SPIEGEL, in: SPIEGEL, 21. Februar 1977, S. 29f., hier S. 29.



Anti-AKW-Demonstration in Gorleben am 12.03.1977. Quelle: AdsD, Rechte: Rechteinhaber nicht ermittelbar.

deswegen so groß, weil sich die Spaltlinien vielfach mit denen der zeitgleichen Auseinandersetzung um die Nachrüstungspolitik überschneiden.<sup>16</sup>



Bundeskanzler Helmut Schmidt, Debatte im Deutschen Bundestag ca. 1972. Rechte: J. H. Darchingner/FES.

Um was für eine »Denkpause« ging es aber, und wie sah der »Parteiwille« aus, von dem Jansen sprach? Ausgehend von den heftigen Protesten gegen das Kraftwerksprojekt in Brokdorf 1976 wurde bald nicht mehr nur um energiepolitische Fragen gestritten, sondern um mehr, um den sogenannten »Atomstaat« und die Auswirkungen, die der Kernenergieausbau nicht nur auf die Umwelt, sondern die Demokratie und den Rechtsstaat in Deutschland hätten. Die Baumaßnahmen auf dem massiv bewachten Gelände seien nämlich »mit Methoden eingeleitet [worden], die mit demokratischen Prinzipien nicht vereinbar sind.«<sup>17</sup> Schnell machte die Forderung nach einem Moratorium die Runde, also nach einem Bau- und Genehmigungsstopp für Atomkraftwerke, um Zeit für eine grundlegende Debatte über die Sicherheit von Kernkraftwerken und ihren Einfluss auf die repräsentative Demokratie zu führen.

Der innerparteiliche Widerstand gegen den Kernenergieausbau bezog sich, anders als in der Umweltbewegung, mehr auf Sachfragen als auf das Bedrohungs- und Überwachungsszenario des »Atomstaats«. Die Frage der Entsorgung des Atommülls stand dabei im Mittelpunkt. Das sogenannte »Entsorgungsjunktim« forderte, dass neue Kraftwerke

<sup>16</sup> Vgl. dazu *Jan Hansen*, *Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977–1987)*, Berlin/Boston 2016.

<sup>17</sup> BArch (Bundesarchiv Koblenz), Bundeskanzleramt, Genehmigung von Kernkraftwerken, u. a. Brokdorf sowie Entsorgungsfragen u. a. Gorleben, B 136/10858, Beschluss des Landesvorstandes der Hamburger SPD, 22. Januar 1977, Bl. 4.



SPD-Parteitag in Hamburg, 15.11.1977. Rechte: J. H. Darching/FES.

nur genehmigt und gebaut werden dürften, wenn die Entsorgung gesichert ist. Nach dem Willen von Bund und Ländern sollte dies im Entsorgungszentrum Gorleben und der dortigen Wiederaufbereitungsanlage geschehen, die bereits benutzte Brennstäbe wieder nutzbar macht, dabei aber gleichzeitig das hochgefährliche Plutonium erzeugt. Dieses wiederum sollte als Brennstoff für neuartige Reaktortechniken wie dem Schnellen Brüter dienen.

Die verschiedenen Lager in der Partei stritten erbittert um die genauen Schlussfolgerungen aus diesem Junktimm. Die Parteispitze konnte auf dem Hamburger Parteitag 1977 zwar eine zu starre Bindung des Kernenergieausbaus an die Fortschritte beim Bau des Entsorgungszentrums verhindern. Ihr konnte aber eine wichtige Konzession abgerungen werden. Der Parteitagsbeschluss hielt nämlich fest, dass die Kernenergie nur noch subsidiär zur Kohle genutzt werden sollte, und vor allem: »Angesichts der vielfältig offenen Probleme bei der Kernenergie ist ein verstärkter Bau von Kernkraftwerken [...] gegenwärtig [...] nicht vertretbar. Daher muß die Option für die Kernenergie offengehalten und die Option, künftig auf Kernenergie verzichten zu können, geöffnet werden.«<sup>18</sup>

<sup>18</sup> Vorstand der SPD, Antrag 699, in: Dies. (Hrsg.), Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 15. bis 19. November 1977. Congress-Centrum Hamburg. Protokoll der Verhandlungen, Anlagen, Bonn 1977, S. 967–974, hier S. 972. Eigene Hervorhebung.

Anders als gehofft, löste diese Kompromissformel die Konflikte aber nicht auf, ganz im Gegenteil. Der Parteitag in Berlin zwei Jahre später stand unter dem Eindruck des Unfalls im US-amerikanischen Kraftwerk Harrisburg und des Scheiterns des Wiederaufbereitungsprojekts in Gorleben, für das der Widerstand der niedersächsischen SPD in großem Maße mitverantwortlich war. Der Parteivorstand selbst war sich immer uneiniger, nur mit knapper Mehrheit verständigte er sich im Vorfeld des Parteitages auf eine weitere Verwässerung des Entsorgungsjunktims. Die Delegierten konnten nur noch mit äußerster Mühe davon überzeugt werden, dass nun schon der Bau ausreichender Zwischenlager genügen sollte, um neue Kraftwerke bauen und genehmigen zu können. Der Leitantrag des Parteivorstandes wurde letztlich mit gerade einmal 243 gegen 170 Stimmen angenommen, was die Gegner der Kernenergie letztlich mehr stärkte als den Bundeskanzler. Erhard Eppler kommentierte dies überaus passend mit den Worten: »[L]ieber Helmut: Nicht jeder Sieg ist schließlich auch ein Gewinn!«<sup>19</sup> Innerhalb der Bundestagsfraktion schwand der Rückhalt für den Kanzler ebenfalls. So führten die Versuche, den Bau des Schnellen Brüters in Kalkar zu verhindern, zu der von Reinhard Ueberhorst

<sup>19</sup> Vorstand der SPD (Hrsg.), Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 3. bis 7. Dezember 1979. ICC Berlin, Bonn 1979, S. 1080.

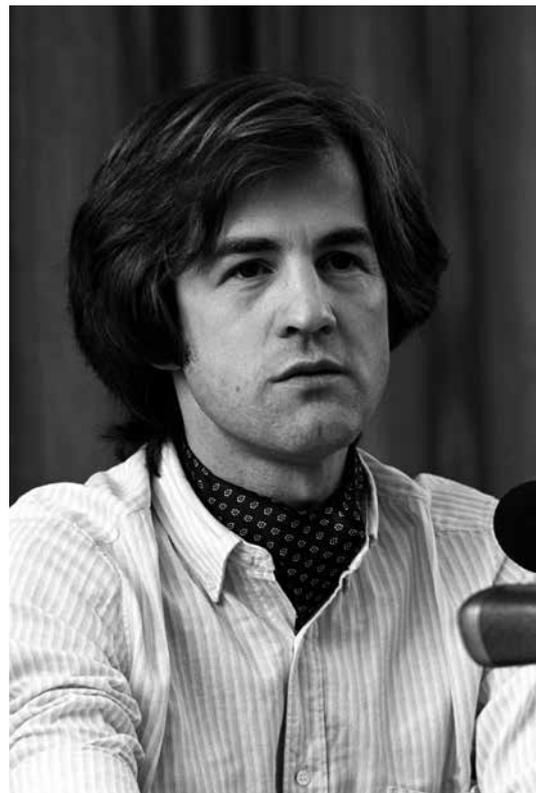


Bundeskanzler Helmut Schmidt und Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg Erhard Eppler 1977. Rechte: J. H. Darchinger/FES.

geleiteten Enquete-Kommission »Zukünftige Kernenergiepolitik«, die die Option einer Energieversorgung ohne Kernenergie, aber mit verstärktem Energiesparen und einem Einstieg in erneuerbare Energien als durchaus machbar ansah.<sup>20</sup>

Der Grundsatzstreit wurde vor 1982 nicht mehr gelöst. Die Bundesregierung hielt weiter an der Wiederaufbereitung fest und steigerte die Ausbaquoten nach der zweiten Ölpreiskrise sogar noch. Der Unmut darüber wurde innerparteilich aber immer offener geäußert, gleichzeitig stiegen die Reibungen mit der Umweltbewegung, insbesondere mit Blick auf ganz grundsätzliche politische Fragen: die Legitimität von Gewalt bei Umweltprotesten, den Stellenwert parlamentarischer Entscheidungen, die Spannung zwischen Radikalität und Konsens oder die Frage, wie weit Bürgerinitiativen in demokratische Willensbildungsprozesse eingebunden werden können. Der Zusammenschluss vieler Umweltgruppen zu den Grünen 1979/1980 war schlussendlich – unter anderem – eine Gründung gegen die Sozialdemokratie. Dies konnte auch dadurch nicht verhindert werden, dass wichtige Köpfe der Umweltbewegung, wie beispielsweise der Sprecher des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz, Jo Leinen, ein SPD-Parteibuch besaßen.

<sup>20</sup> Vgl. Enquete-Kommission Zukünftige Kernenergie-Politik, Zukünftige Kernenergie-Politik. Kriterien – Möglichkeiten – Empfehlungen. Zwei Bände, Bonn 1980.



Vorstand des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) Jo Leinen bei der Bundespressekonferenz vor der Friedensdemonstration am 10.06.1982. Rechte: J. H. Darchinger/FES.

Natürliche Bündnispartner waren die neue grüne Partei und die SPD keineswegs, auch wenn relativ bald die berühmten Worte Willy Brandts von der

»Mehrheit diesseits der Union« die Runde machen.<sup>21</sup> Dies war, anders als oft behauptet, aber kein Koalitionsangebot. Die grünen Wähler\_innen sollten in die SPD zurückgeholt werden, um die Grünen so schnell wie möglich wieder überflüssig zu machen. Dementsprechend deutlich widersprach Brandt intern allen Vorwürfen, mit seinen Aussagen einem rot-grünen Bündnis das Wort zu reden: Es müsse »aufgehört werden mit Unterstellungen, in der Partei gebe es Gruppen, die sich für ein Bündnis mit den Grünen aussprechen.«<sup>22</sup>



Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission Richard Löwenthal und SPD-Vorsitzender Willy Brandt ca. 1981. Rechte: J. H. Darchingner/FES.

Doch selbst dieser Integrationskurs war sehr umstritten, wie der Streit zwischen Brandt und Richard Löwenthal um die Frage der »Identität und Zukunft der SPD« gezeigt hatte. Während Brandt öffentlich die Anschlussfähigkeit großer Teile der Neuen sozialen Bewegungen an die Programmatik der SPD betont hatte,<sup>23</sup> hielt Löwenthal, Mitglied der Grundwertekommission, scharf dagegen und warnte vor einer zu weitgehenden Integration der »Randgruppe der Aussteiger«: »Die Zukunft der Sozialdemokratie hängt von der klaren Herausstellung ihrer Identität als einer Partei der demokratischen und sozialen Fortentwicklung der arbeitsteiligen Industriegesellschaft ab.«<sup>24</sup> Zwar konnte sich Brandt in der Auseinandersetzung durchsetzen, Löwenthals

Vorbehalte spiegelten aber durchaus die Skepsis vieler traditioneller und gewerkschaftlich orientierter Kreise in der Partei wider. In der Endphase der sozial-liberalen Koalition schien die SPD dauerhaft gespalten zu sein und ein Kompromiss in der Umweltfrage in weiter Ferne.

### Opposition durch Ökologie: das Projekt der »ökologischen Modernisierung« in den 1980er-Jahren

Umso abrupt und deutlicher erschien der Kurswechsel nach dem Ende der Kanzlerschaft Helmut Schmidts und dem Gang der SPD in die Opposition, nicht nur inhaltlich, sondern auch in der Bündnisfrage. In Hessen kam es 1983 zur ersten Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung durch die von Joschka Fischer angeführten Grünen, ab 1985 regierten beide in einer gemeinsamen Koalition. Auf kommunaler Ebene wurde das »Modell Rot-Grün« ebenfalls immer häufiger erprobt. Angesichts dessen und der programmatischen Entwicklung der Partei nach 1982 ist nicht selten die These zu lesen, dass die Arbeit der SPD in den 1980er-Jahren auf das Ziel einer rot-grünen Koalition im Bund ausgerichtet gewesen und der »Postmaterialismus zum Programm« erhoben worden sei.<sup>25</sup> Dieses Urteil ist jedoch zu undifferenziert. So kam es beispielsweise in Hamburg mehrmals zu keiner Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen, obwohl sie rechnerisch möglich gewesen wäre. In den Kommunen waren solche Bündnisse vielfach von erheblichen Spannungen begleitet und endeten vorzeitig. Das hessische Regierungsbündnis zwischen Joschka Fischer und Holger Börner brach ebenso nach nur 14 Monaten auseinander.

Auf programmatischer Ebene verlief die »Postmaterialisierung« ebenso uneindeutig. Diese These argumentiert meist vor dem Hintergrund der Programmdebatten, die in den 1980er-Jahren geführt wurden. Tatsächlich bezieht das Berliner Programm von 1989 in einer für ein sozialdemokratisches Grundsatzprogramm bislang ungewohnten Deutlichkeit Stellung: »Nicht jedes Wachstum ist Fortschritt.«<sup>26</sup> Es stimmt, dass die Diskussionen um

21 So Brandt am Abend der hessischen Landtagswahl am 26. September 1982. Zit. nach o.A., Unter Quarantäne, in: SPIEGEL, 4. Oktober 1982, S. 24f., hier S. 24.

22 Vgl. Brandts Aussagen in AdSD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA011120, Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes am Montag, den 11. Oktober 1982, in Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus, 11. Oktober 1982, Bl. 11.

23 Willy Brandt, Sozialdemokratische Identität, in: Die Neue Gesellschaft, Dezember 1981, S. 1065–1069, hier S. 1066f.

24 Richard Löwenthal, Identität und Zukunft der SPD, in: Die Neue Gesellschaft, Dezember 1981, S. 1085–1089, insb. S. 1089.

25 Franz Walter, Die SPD. Biographie einer Partei. Überarbeitete und erweiterte Taschenbuchausgabe, 3. Auflage, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 202.

26 Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin, Bonn 1989, S. 39.

einen Nachfolger des Godesberger Programms von einer tendenziell kritischen Haltung gegenüber materiellem Wachstum und technischem Fortschritt geprägt waren: »Wir zweifeln heute daran, ob Wohlstand bestehen kann in immer mehr Konsum [...]. Zu unserer Vorstellung von Erhöhung des Wohlstandes gehört auch, mehr Freizeit, eine gesündere Umwelt und eine bessere Lebensperspektive. Wir haben erfahren, daß Wirtschaftswachstum nicht notwendigerweise Vollbeschäftigung sichert, sehr wohl aber unsere Lebensbedingungen zerstören kann. [...] [Z]um erstenmal melden wir Zweifel am technischen Fortschritt und einer uneingeschränkten Wissenschaftsfreiheit an.«<sup>27</sup>



Sitzung der SPD-Fraktionsvorsitzenden aus Bund und Ländern in Wiesbaden; hier: Pressekonferenz mit SPD-MdB Volker Hauff und stellvertretendem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Hans-Jochen Vogel, 22.11.1984. Quelle: AdsD, Rechte: dpa.

Doch diese Vorstöße waren in erster Linie theoretischer Natur und bildeten nicht angemessen ab, was sozialdemokratische Umweltpolitik in der Praxis bedeutete, nämlich eine überaus pragmatische Verbindung von Umwelt- und Wachstumspolitik. Zweifelsfrei gewann der Umweltschutz eine wichtige Bedeutung für die Oppositionsstrategie der Partei. Hans-Jochen Vogel, der Kanzlerkandidat für die Neuwahl 1983, nutzte sofort die Expertise der von Volker Hauff geleiteten Ökologiekommision beim Parteivorstand. Sie trat bis dahin kaum in Erscheinung, prägte aber den Kurs der Oppositions-SPD in nicht geringem Maße mit. Doch was hatte sie Vogel empfohlen? Gerade nicht eine Kopie grüner Konzepte, sondern eine Verbindung von Umwelt- und Arbeitsmarktpolitik als »Leitlinie der Politik der Sozialdemokraten für die kommenden

<sup>27</sup> Inge Wettig-Danielmeier, [Kommentar zum Irseer Entwurf]. Grundsatzprogramm der SPD – Entwurf der Programmkommission, Bonn 1986, S. 7.

Jahre«.<sup>28</sup> Das Umweltthema sollte auf eine Art und Weise besetzt werden, die nicht nur die Schäden falschen Wirtschaftens unterstreicht, sondern ebenso die Potentiale einer umweltgerechten Produktionsweise. So säte beispielsweise ein Wahlwerbespot mit dem *Motto* »...dann stirbt der Wald, und Du bist weg« auf den ersten Blick zwar mehr Furcht als Zuversicht, betonte aber ebenso optimistisch: »Umweltschutz schafft Arbeitsplätze«.<sup>29</sup>



Hans-Jochen Vogel beim Fachkongreß »Arbeit und Umwelt« der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD am 22.03.1985. Quelle: AdsD, Rechte: Michael von Lingen.

Die programmatischen Arbeiten der Bundestagsfraktion und des Parteivorstands Mitte der 1980er-Jahre bewegten sich genau auf dieser Linie. 1984 brachte die Bundestagsfraktion den Antrag für ein »Sondervermögen Arbeit und Umwelt« ein: Durch KfW-finanzierte Kredite sollten Investitionen in Umweltschutztechnologien mobilisiert und damit 400.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. 1985 rief der Parteivorstand eine parteiweite Kampagne »Arbeit und Umwelt« ins Leben, 1986 legten Hauff und die Fraktion ein umfangreiches »Arbeitsprogramm

<sup>28</sup> AdsD, SPD-Parteivorstand, Kommission für Umweltfragen und Ökologie, 2/PVAC0000002, Volker Hauff an Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel und Peter Glotz, Wege in der Gefahr, 12. November 1982, Bl. 3.

<sup>29</sup> AdsD, Film-, Video- und Tonsammlung, 6/AVM00000157, SPD-Wahlwerbespot »... dann stirbt der Wald, und Du bist weg« für die Bundestagswahl 1983.

zur ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft« vor. Es verstand sich weniger als Umweltschutzprogramm, sondern als politikfeldübergreifendes Querschnittskonzept zur Verbindung von Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Durch eine umweltgerechte Umstrukturierung der Produktionsstrukturen sollte präventiver statt nachsorgender Umweltschutz betrieben und gleichzeitig die Wirtschaft gestärkt werden: »Die ökologische Modernisierung ist zentrales Reformanliegen der SPD. [...] Umweltpolitik muß in Zukunft Erneuerung der Industriegesellschaft sein. [...] Wir wollen eine ökologisch angepasste Produktionsstruktur schaffen, bei der mit geringem Verbrauch von Umweltgütern, geringerem Landschafts- und Energieverbrauch und bei geringerem Abfallvolumen Besseres und Sinnvolleres produziert wird.«<sup>30</sup> Neben das »Sondervermögen« traten zahlreiche Forderungen nach Maßnahmen zur Luftreinhaltung, zum Wasser- und Bodenschutz und zum Naturschutz. Der Kerngedanke, der dem Projekt der »ökologischen Modernisierung« zugrunde lag, war jedoch alles andere als postmaterialistisch: »Umweltschutz und Arbeitsplätze sind keine Gegensätze. [...] [D]ie Wirtschaftspolitik muß alle Möglichkeiten nutzen, mehr Arbeitsplätze durch mehr Umweltschutz zu schaffen[.]«<sup>31</sup>

Im Rückblick wurde diese programmatische Neuausrichtung oftmals von der zentralen energiepolitischen Entscheidung des Jahrzehnts überlagert: dem Beschluss von 1986, binnen zehn Jahren aus der Kernenergie aussteigen zu wollen. Diese Entscheidung folgte auf die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl, doch eigentlich war der Ausstiegskurs schon Ende der 1970er-Jahre eingeleitet und insbesondere nach 1982 beschleunigt worden. Bereits 1984 wurde die Wiederaufbereitung qua Parteitagbeschluss endgültig abgelehnt und die Kernenergie nur noch für einen Übergangszeitraum geduldet.<sup>32</sup> Der Beschluss des Nürnberger Parteitages wenige Monate nach Tschernobyl war also weniger radikal, als er auf den ersten Blick erscheint. Der Teufel lag zudem im Kleingedruckten: Die Zehnjahresfrist war mitnichten in Stein gemeißelt, denn ihre Umsetzung wurde an einen »breiten gesellschaftlichen Konsens und Gesetzgebungsmehrheiten«

gebunden, der ein Zusammenwirken von Gewerkschaften, Betriebsräten, Arbeitnehmer\_innen, Energiewirtschaft, Kommunen, Wissenschaft und Bürgerinitiativen erforderte.<sup>33</sup> Dies geschah vor allem auf Druck von Gewerkschaften und Betriebsräten, wohl wissend, dass ein solcher Konsens Illusion war. Über das langfristige Ziel eines Atomausstieges bestand jedoch weitgehende Einigkeit, und durch mehrere Initiativen in Bundesrat und Bundestag versuchte die SPD – letztlich erfolglos – in dieser Frage Druck auf die Bundesregierung auszuüben.<sup>34</sup>



SPD-Plakat 1986 anlässlich der Umsetzung der Nürnberger SPD-Beschlüsse zur Atomkraft; Erklärung des SPD-Parteivorstands vom 16.11.1987 zur Energiepolitik/Atomenergie. Quelle: AdsD, Rechte: BUTTER. Agentur für Werbung GmbH.

Auf zwei anderen Feldern wurde noch deutlicher, welche Spannungen der Anspruch erzeugte, Umweltpolitik nicht isoliert zu betreiben, sondern als ökologisch sensibilisierte Wirtschafts- und Wachstumspolitik zu verstehen: beim Energiesparen und in der Kohlepolitik. Bereits vor 1982 waren in beide Richtungen intensive Überlegungen angestellt worden. Treibende Köpfe waren Volker Hauff und vor allem Erhard Eppler, der im Mai 1979 ein sogenanntes »Alternativszenarium zur Energiepolitik« vorgelegt hatte. Darin plädierte er für eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch und schlussendlich eine Reduzierung des Kernenergieausbaus. Stattdessen müssten der Einsatz von Kohle verdoppelt und die von der Kohle

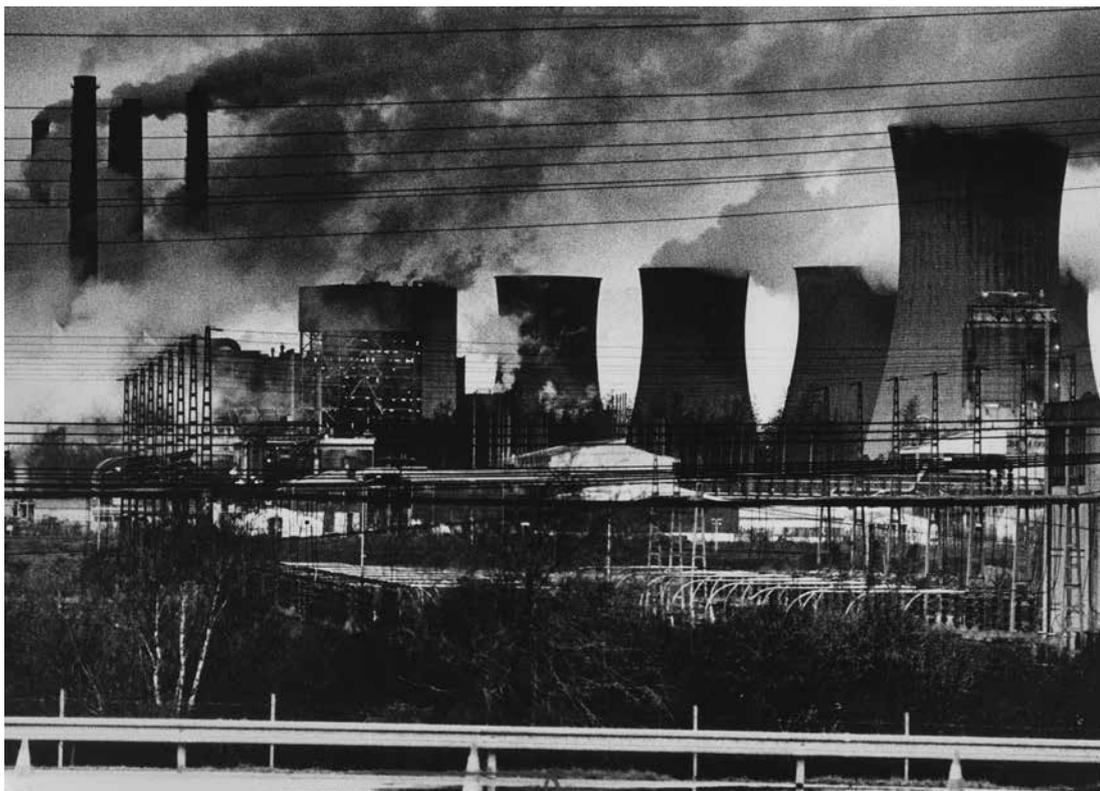
30 Vorstand der SPD (Hrsg.), Arbeitsprogramm zur ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft. Vorgelegt von der SPD-Bundestagsfraktion, Bonn 1986, S. 3f.

31 Vorstand der SPD, Arbeitsprogramm, S. 5.

32 Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Energiepolitik. Initiativantrag 9, in: Dies. (Hrsg.), SPD. Parteitag Essen. Grugahalle. 17.–21. Mai 1984. Beschlüsse, Bonn 1984, S. 174–177, hier S. 176f.

33 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Energiepolitik. Initiativantrag 1, in: Dies. (Hrsg.): Protokoll vom Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.–29.8.1986, Bonn 1986, S. 827–829, hier S. 828f.

34 Vgl. z. B. Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/6700, Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Gesetz zur Beendigung der energiewirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie und ihrer sicherheitstechnischen Behandlung in der Übergangszeit (Kernenergieabwicklungsgesetz), 19. Dezember 1986.



Kohlekraftwerk in Forbach/Lothringen, ca. 1973. Rechte: J. H. Darching/FES.

verursachten Umweltprobleme durch den Einsatz saubererer Kraftwerke in Kraft-Wärme-Kopplung gemindert werden. Hinzu kämen eine weitgehende Dezentralisierung der Energieversorgung, die verstärkte Nutzung von Erdgas sowie Anstrengungen in den Bereichen Altbausanierungen, Wärmedämmungen und rationellerer Energieverwendung in Haushaltsgeräten und großindustriellen Anlagen.<sup>35</sup> Eine verstärkte Nutzung der »sauberen« Kohle, Energiesparen und umweltfreundliche Energiegewinnung wurden also nicht als Gegensätze angesehen, sondern sollten sich gegenseitig bedingen. Durch die Kraft-Wärme-Kopplung, Fernwärme, neue Filtertechniken und moderne Verbrennungstechnologien sei es möglich, Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch zu entkoppeln, die Schadstoffbelastung zu reduzieren, den Ausbau der Atomkraft überflüssig zu machen und obendrein das Beschäftigungsniveau in den krisengeschüttelten Bergbaurevieren zu halten.

Diese Zielsetzung provozierte unvermeidliche Widersprüche. So wurden die seit Ende der 1970er-Jahre lauter werdenden Warnungen vor dem Klimawandel parteiintern kaum wahrgenommen. Es war

<sup>35</sup> Erhard Eppler, Ein Alternativszenarium zur Energiepolitik, in: Die Neue Gesellschaft, September 1979, S. 796–802, passim.

ausgerechnet Helmut Schmidt, der regelmäßig an die »möglicherweise katastrophalen Auswirkungen der Kohlendioxidanreicherung der Erdatmosphäre« erinnerte<sup>36</sup> – jedoch weniger aus ökologischer Überzeugung, sondern um so der Kritik an der Kernkraft den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Förderung der noch jungen erneuerbaren Energien bewegte sich ebenfalls zunächst auf geringem Niveau. Selbst das von Volker Hauff geleitete Forschungsministerium war 1979 noch davon ausgegangen, dass sich bis 2000 nur fünf Prozent des deutschen Energiebedarfs durch erneuerbare Energien decken lassen würden und diese in Deutschland unter wirtschaftlichen Bedingungen kaum einsetzbar seien.<sup>37</sup>

Trotz der Loslösung von der Kernenergie blieb außerdem eine typisch sozialdemokratische Bindung ökologischer an wachstums- und arbeitsmarktpolitische Ziele erhalten. Symptomatisch war beispielsweise das hohe Vertrauen in technologische

<sup>36</sup> Helmut Schmidt, Verantwortung und Sicherheit bei der Nutzung der Kernenergie. Ansprache des Bundeskanzlers auf der Europäischen Nuklearkonferenz in Hamburg am 7. Mai 1979, in: Bulletin, 9. Mai 1979, S. 501–507, hier S. 506.

<sup>37</sup> BArch, Bundesministerium für Forschung und Technologie, SPD – Anfragen, Sitzungen und Resolutionen, B 196/52998, Vermerk an den Parlamentarischen Staatssekretär im Ministerium für Forschung und Technologie, 18. Januar 1979, Bl. 3.



Ein schwarzer Sommer für die Umwelt. Wandzeitung der SPD; Anlass: Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks Buschhaus 1984. Quelle: AdsD, Rechte: Corell/NYC/GGK Frankfurt Werbeagentur GmbH.

Lösungen, während Appelle zu privatem Verzicht von Sozialdemokrat\_innen so gut wie nie geäußert wurden. Dies unterblieb aus Rücksicht auf die materiellen Interessen der eigenen Kernwählerschaft, und diese Rücksicht stellte die Partei regelmäßig vor Dilemmata. Ein Beispiel ist die Debatte um das Kohlekraftwerk Buschhaus. 1984 schloss sich die Bundestagsfraktion der Forderung der Grünen an, dass das neue niedersächsische Kraftwerk nicht ohne Rauchgasentschwefelungsanlage ans Netz gehen dürfe. Alles andere wäre angesichts der emotionalen Debatte um das »Waldsterben« ungläubwürdig gewesen. Dennoch konnte dies nur gegen erheblichen Widerstand aus den Gewerkschaften und auch der eigenen Partei durchgesetzt werden. Zum einen appellierten zahlreiche hohe Gewerkschaftsfunktionäre und die betroffenen Betriebsräte eindringlich, sich einer Inbetriebnahme des Kraftwerks nicht in den Weg zu stellen. Als Alternative empfahlen sie bezeichnenderweise eine Lösung, die die niedersächsische Landtagsfraktion unter Gerhard Schröder vorgeschlagen hatte und die Inbetriebnahme nicht ausdrücklich an einen sofortigen Einbau der Entschwefelungsanlage band.<sup>38</sup> Die Fraktion blieb trotzdem bei ihrem Nein, was

aber nicht verhindern konnte, dass das Kraftwerk zunächst ohne die Filteranlage ans Netz ging.

Die Kohlepolitik der SPD war also nicht nur von ökologischen Gesichtspunkten geprägt, sondern immer auch vom Ziel, die Beschäftigungsinteressen der Kumpel in den Bergbauregionen zu schützen. Ein wichtiges Argument für die »saubere Kohle« waren daher stets die dahinterliegenden Arbeitsplatzpotentiale, könnten doch »mit einer Politik der Energieeinsparung, der Nutzung umweltfreundlicher Kohletechniken und erneuerbarer Energiequellen« 200.000 bis 400.000 Arbeitsplätze geschaffen werden.<sup>39</sup> Daher setzte sich die Partei vehement für die Einhaltung der Verstromungsverträge zwischen Bergbau- und Energiewirtschaft und eine frühzeitige Anschlussregelung für den 1995 auslaufenden »Jahrhundertvertrag«, die eine garantierte Abnahmemenge an Steinkohle festschreiben sollte, ein. Zwar sprach sich die Bundestagsfraktion 1987 für eine Erhöhung der staatlichen Forschungsmittel für Energiespar- und erneuerbare Energietechniken um etwa zwölf Prozent aus, die Mittel zur Erforschung von Kohletechniken sollten jedoch fast doppelt so stark steigen (etwa 20 Prozent).<sup>40</sup>

38 Vgl. u. a. AdsD, Löffler, Lothar, Diskussion um die Inbetriebnahme des Braunkohlekraftwerks Buschhaus ohne Entschwefelungsanlage, 1/LLAC000134, Ernst Breit, Vorsitzender des DGB, an Hans-Jochen Vogel, [Juni 1984]; Niedersächsischer Landtag, 10. Wahlperiode: Drucksache 10/2801, Antrag der Fraktion der SPD Betr. Inbetriebnahme des Kraftwerkes Buschhaus, 13. Juni 1984.

39 AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000272, SPD-Broschüre »Ohne Atomkraft. Argumente der SPD zur Energiepolitik«, vermutl. 1986/87, Bl. 5.

40 Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/1312, Änderungsantrag der Fraktion der SPD zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1988 hier: Einzelplan 30 Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie – Drucksachen 11/700 Anlage, 11/1072, 11/1081 –, 23. November 1987, S. 2.

### Ökologische Innovationspolitik in den 1990er-Jahren: (k)ein Weg zur rot-grünen Koalition

Trotz alledem: Während der 1980er-Jahre war der Schutz der Umwelt zwar nicht zum zentralen, aber zu einem neuen und wichtigen Ziel sozialdemokratischer Politik geworden. Die Wiedervereinigung setzte dem kein sofortiges Ende, sondern wirkte sogar – für einen gewissen Zeitraum – als Katalysator dieser Entwicklung. Für die SDP bzw. die spätere Ost-SPD, die sich im Oktober 1989 in Schwante gründete, spielte die Ökologie eine zentrale Rolle. Ihr übergeordnetes politisches Ziel war eine »ökologisch orientierte soziale Demokratie«. <sup>41</sup> Die umweltpolitischen Sprecher beider Parteivorstände begannen schon im Dezember 1989 auszuloten, wie eine »ökologische Partnerschaft« der beiden deutschen Staaten aussehen könnte – noch bevor der Gemeinsame Ausschuss von SPD und SDP überhaupt zum ersten Mal zusammengetreten war. <sup>42</sup>



Sitzung des SPD-Parteirats am 14.06.1990, SPD-Vorsitzender Hans-Jochen Vogel und Ministerpräsident des Saarlandes Oskar Lafontaine. Rechte: J. H. Darchingner/FES.

In der Rückschau lassen sich die 1990er-Jahre nicht nur deswegen leicht als Vorlauf der rot-grünen Koa-

lition ab 1998 deuten: 1990 war Oskar Lafontaine mit einem beispiellos stark ökologischen gefärbten Regierungsprogramm in den Bundestagswahlkampf gezogen, in den Ländern hatten sich erstmals stabile rot-grüne Bündnisse bewährt (beispielsweise in Niedersachsen und in Hessen), und zudem war, unter dem Eindruck des Klimawandels, die »nachhaltige« oder »dauerhafte Entwicklung« zur neuen ökonomisch-ökologischen Konsensformel geworden. <sup>43</sup> Gemessen an den Forderungen der Partei in den späten 1980er- und frühen 1990er-Jahren nahmen sich die Reformen der späteren Regierung jedoch vergleichsweise bescheiden aus. Das ist aber weniger überraschend, als es klingt, denn spätestens seit etwa 1992/93 verloren umweltpolitische Forderungen in der SPD-Programmatik stetig an Gewicht. Dies lag zweifellos in der wirtschaftlichen Lage nach der Wiedervereinigung begründet, wurde aber durch die grundsätzliche Spannung von ökologischen und ökonomischen Zielsetzungen entscheidend befördert.

Dies zeigte sich unter anderem beim Atomausstieg. Er war und ist historisch, aber gleichzeitig doch weit entfernt von der ehemals beschlossenen Zehnjahresfrist. Die 2000 geschlossene Vereinbarung mit den Energieunternehmen sah vor, dass die deutschen Atomkraftwerke nach einer Regelauflaufzeit von 32 Jahren pro Reaktor vom Netz gehen sollten. Das letzte Kraftwerk sollte 2021 abgeschaltet werden, aufgrund der Zusicherung bestimmter Restlaufzeiten und -strommengen konnte sich dieses Datum aber weiter nach hinten verschieben. Dass die Zehnjahresfrist in den Verhandlungen keine Rolle spielen würde, hatte sich aber schon abgezeichnet, als die SPD noch auf den Oppositionsbänken saß. 1992/93 und 1995 kam es bereits zu sogenannten »Energiekonsensgesprächen«. In beiden Fällen war Gerhard Schröder Leiter der SPD-Delegation, und in beiden Fällen war er zu so weitgehenden Konzessionen bereit, dass sie einen Bruch mit der aktuellen Beschlusslage der Partei bedeuteten hätten. Denn Schröder bot den Energieerzeugern, trotz erheblichem Widerstand der Umweltpolitiker\_innen in der Partei, an, dass die Weiterentwicklung neuer Reaktortechniken und die Kernenergie-

41 Sozialdemokratische Partei in der DDR, Dokument Nr. 9. Gründungsurkunde der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP), Schwante, 7. Oktober 1989, in: Ilse Fischer (Hrsg.), Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führung 1989/90, Bonn 2009, S. 108f.

42 AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000075, Erste Gemeinsame Erklärung zur ökologischen Partnerschaft zwischen beiden deutschen Staaten, 9. Januar 1990. Die beiden Gespräche, die der Erklärung zugrunde lagen, fanden am 20. Dezember 1989 sowie am 8. und 9. Januar 1990 statt. Sie wurden von Harald B. Schäfer für die West-SPD und Frank Bogisch für die Ost-SPD geführt. Zur Vereinigung der westdeutschen und der ostdeutschen SPD vgl. u. a. zuletzt *Etienne Dubslaff*, »Oser plus de social-démocratie«. La récréation et l'établissement du Parti social-démocrate en RDA, Frankfurt am Main 2019.

43 Vgl. u. a. Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Der neue Weg. Ökologisch, sozial, wirtschaftlich stark. Regierungsprogramm 1990–1994, Bonn 1990; SPD-Bundestagsfraktion, Fraktionsservice (Hrsg.), Reformen für eine dauerhafte Entwicklung. Die soziale und ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft. Unser Weg aus der Krise. Programm der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion, Bonn 1993.



Ministerpräsident Niedersachsens Gerhard Schröder, SPD-Funktionärskonferenz in Hannover am 20.10.1995. Quelle: AdsD, Rechte: Klaus Hoffmann und Manfred Wienhöfer.

forschung weiterhin möglich bleiben sollen.<sup>44</sup> Beide Gesprächsrunden scheiterten trotzdem, was unter anderem auch am SPD-internen Widerstand lag, beispielsweise durch den baden-württembergischen Umweltminister Harald B. Schäfer oder Michael Müller, den umweltpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion.

Der Weg zum ökologischen Steuersystem war ebenfalls von einer schrittweisen Rücknahme von Positionen geprägt, die seit den 1980er-Jahren erarbeitet worden waren. Das »Arbeitsprogramm zur ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft« hatte schon mit der Idee einer Ökosteuer geliebäugelt, in der Partei popularisiert wurde sie von Oskar Lafontaine im Rahmen der Kommission »Fortschritt '90«. Sie arbeitete ein Konzept aus, nach dem Ölprodukte und Benzin deutlich höher besteuert, die Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer umgelegt und damit Steuereinnahmen von 32,8 Milliarden DM jährlich generiert werden sollten. Gleichzeitig sollten soziale Schieflagen unter anderem dadurch verhindert werden, dass der Grundfreibetrag in der Lohn- und Einkommenssteuer erhöht wird.<sup>45</sup> In den Folgejahren war der Elan jedoch merklich erloschen. Binnen vier Jahren waren die angestrebten Einnahmen um mehr als zehn Milliarden DM gesunken; 1996 war, auf massiven Druck der Ge-

werkschaften, die Prozessenergie komplett aus den Steuerkonzepten gestrichen worden.<sup>46</sup> Die Ökosteuer, wie sie letztlich eingeführt wurde, war daher dementsprechend zahm. Die Kohle wurde gar nicht gesondert besteuert, Strom aus erneuerbaren Energien in der Regel schon. Jährlich sollten knapp 4,3 Milliarden DM aus der Ökosteuer erwirtschaftet werden, bis 2003 sollte das Gesamtaufkommen lediglich 17 Milliarden DM umfassen. Darüber hinaus konnten die Interessenverbände durchsetzen, dass Industrieunternehmen nur 20 Prozent des Steuersatzes zu zahlen hatten.

Einen deutlichen Erfolg konnte die Koalition jedoch in Bezug auf die Förderung der erneuerbaren Energien erzielen. 2000 wurde das Erneuerbare-Energien-Gesetz beschlossen. Die Netzbetreiber mussten Strom aus erneuerbaren Energien nun vorrangig abnehmen, außerdem wurden die Vergütungssätze deutlich erhöht und für die nächsten 20 Jahre garantiert. Zudem setzte die neue Regierung die SPD-Forderung nach einem »100.000-Dächer-Programm« um und stellte 1,1 Milliarden DM zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen bereit. Hinzu kam 1999 ein Marktanzreizprogramm zur Förderung erneuerbarer Energien in Höhe von rund 735 Millionen DM. Die Folge war ein Boom der erneuerbaren Energien-Branche. So konnte bis 2015 der Anteil aus Strom, der aus erneuerbaren Energien erzeugt wird, auf 30 Prozent der Gesamtstrommenge gesteigert werden.<sup>47</sup> Hier war vor allem die Handschrift Hermann Scheers erkennbar, der sich bereits seit Ende der 1980er-Jahre als einer der energischsten Verfechter der Solarenergie profiliert hatte. Bereits seit Ende der 1980er-Jahre hatte Scheer, der nicht nur im Bundestag saß, sondern auch Präsident der Europäischen Sonnenenergie-Vereinigung

46 Vgl. u. a. AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutz, 2/PVDM000345, Pressemitteilung Oskar Lafontaines und Hubertus Schmoldts, Vorsitzender der IG Chemie Papier Keramik, 2. Juni 1996.

47 Zu den umweltpolitischen Reformen der rot-grünen Koalition vgl. u. a. *Edgar Wolfrum*, Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005, München 2013, S. 214–248; *Franz-Josef Brüggemeier*, Sonne, Wasser, Wind. Die Entwicklung der Energiewende in Deutschland, Bonn 2015, S. 11; *Lutz Mez*, Ökologische Modernisierung und Vorreiterrolle in der Energie- und Umweltpolitik? Eine vorläufige Bilanz, in: Christoph Egle/Tobias Ostheim/Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.), Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002, Wiesbaden 2003, S. 329–350, hier S. 334–338, 343–345. Zur Rolle Scheers beim 100.000-Dächer-Programm vgl. u. a. *Franz Alt*, Keine Werte ohne Praxis – keine Praxis ohne Werte. Ein Glückwunsch zum 60. Geburtstag von Hermann Scheer, in: Joachim Bücheler (Hrsg.), Praktische Visionen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Hermann Scheer, Bochum 2004, S. 244–247, hier S. 246.

44 Vgl. u. a. AdsD, Engholm, Björn, Mappen, verschiedene Sachthemen, 1/BEAA000298, AG Energiekonsens der SPD: Vorschlag für eine Verhandlungsposition der SPD zur ersten Sitzung der energiepolitischen Konsensgespräche, 28. Februar 1993; AGG (Archiv Grünes Gedächtnis), A – Günter Bannas, 141, Gerhard Schröder an Herbert Mai, Rudolf Scharping und andere, 14. Juni 1995, Bl. 1 der Anlage 4 (Vorschlag für ein »Gemeinsames Ergebnis des Energiekonsensgespräches am 21. Juni 1995«).

45 AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000208, Arbeitsbericht der Kommission »Fortschritt '90«, 1989, Bl. 2, 6f.

Eurosolar e.V. war, die Idee des »100.000 Dächer-Programms« innerhalb der SPD popularisiert.



Präsident von »eurosolar« und SPD-MdB Hermann Scheer am 25.08.1988. Quelle: AdsD, Rechte: Fotoagentur Sven Simon GmbH & Co. Pressefoto KG.

Doch auch dieser Erfolg lag ganz auf der Linie einer spezifisch sozialdemokratischen Umweltpolitik, denn sie ließ sich leicht mit dem traditionellen Technikoptimismus der SPD in Einklang bringen. Dieser erlebte unter dem Eindruck der immer lauter werdenden Debatte um den sogenannten »Standort Deutschland« ab Mitte der 1990er-Jahre eine Renaissance. Die Forderung nach der Entwicklung sogenannter »Innovationen«, darunter auch die



Wahlplakat anlässlich der Landtagswahl Schleswig-Holstein 1996; Landtagswahl Rheinland-Pfalz 1996; Landtagswahl Baden-Württemberg 1996; Mitgliederwerbung SPD 1996. Quelle: AdsD, Rechte: BUTTER. Agentur für Werbung GmbH.

Gentechnik oder moderne Informationstechnologien, war immer lauter geworden, wobei sich die SPD durch ihre Innovationspolitik und den damit verbundenen Modernisierungsanspruch dezidiert von der Kohl-Regierung abgrenzen wollte. Sie war aber weniger ökologisch motiviert, sondern verstand sich als eine »Technologienpolitik mit einem strategischen Ansatz, der berücksichtigt, daß die Ressourcen Umwelt, Energie und Rohstoffe in dramatischer Weise knapper werden[.]« Sie sollte umweltverträgliche Technologien fördern, aber in erster Linie jede Art von Technologie, die Wachstum und konkurrenzfähige Arbeitsplätze schuf.<sup>48</sup> So ist es kein Zufall, dass der Wahlkampf im Jahr 1998 die »ökologische Modernisierung« weniger aus Gründen des Umweltschutzes betonte, sondern weil sie als »Basisinnovation für den Wohlstand des 21. Jahrhunderts [...] die Weichen für neue und sichere Arbeitsplätze im 21. Jahrhundert« stellte.<sup>49</sup>

### Arbeit und Umwelt – ein Widerspruch? Chancen und Schwächen sozialdemokratischer Umweltpolitik

Die umweltpolitische Entwicklung der SPD in den Jahrzehnten vor der rot-grünen Koalition zeigt wie unter einem Brennglas die grundsätzlichen Stärken, aber auch die Defizite des spezifisch sozialdemokratischen Umweltschutzes auf. Er besaß stets eine doppelte Zielsetzung: Die Umwelt zu schützen und gleichzeitig die Wirtschaft nicht zu schwächen, sondern sogar (umweltfreundliches) Wachstum zu stärken. Alle Formeln, die im Zeitverlauf zur Beschreibung dessen verwendet worden sind – vom »qualitativen Wachstum« über die »Qualität des Lebens«, die »ökologische Modernisierung« und die »nachhaltige Entwicklung« hin zur »ökologisch-sozialen Marktwirtschaft« – standen stellvertretend für ein programmatisches Angebot, mit dem die Sozialdemokratie gerade nicht den umweltpolitischen Impulsen der Grünen hinterherlaufen, sondern eigene Akzente setzen wollte. Adressat waren nicht nur die umweltbewussten Wähler\_innen, sondern auch all jene, die zum alten und neuen Wähler\_innenstamm der Sozialdemokratie gezählt wurden und vor allem materielle, weniger »post-

48 AGG, A – Günter Bannas, 104, Rudolf Scharping, Oskar Lafontaine und Peter Glotz, Memorandum zur Innovationspolitik in Deutschland, Mai 1994, Bl. 2.

49 Öffentlichkeitsarbeit Vorstand der SPD (Hrsg.), Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998, Bonn 1998, S. 57.

materialistische« Interessen verfolgten: Arbeitnehmer\_innen, gewerkschaftsnahe Wähler\_innen sowie Beschäftigte in den aufstrebenden Dienstleistungsberufen und neuen Technologiebranchen.

Die Politik der »ökologischen Modernisierung« war daher im Grunde gar keine Umweltpolitik im engeren Sinne. Die Wachstumskritik und der Fortschrittspessimismus der 1970er- und 1980er-Jahre waren kein Phänomen von Dauer, und sie erfasseten bei weitem nicht alle Teile der Partei. Auch »Fortschrittsskeptiker« wie Eppler betonten zudem stets, dass es kein Zurück in die Zeit vor der arbeitsteiligen Industriegesellschaft geben dürfe.<sup>50</sup> Die Sozialdemokratie hat sich nie von den Zielen des wirtschaftlichen Wachstums und des technischen Fortschritts verabschiedet, sondern versucht, ökologische Notwendigkeiten in diesen Zielhorizont zu integrieren. Die SPD der »ökologischen Modernisierung« verstand sich nicht primär als eine Partei der Umwelt, sondern blieb eine Partei der Arbeit, deren Kernkompetenz in einer ökologisch sensibilisierten Wachstums-, Technologie- und Arbeitsmarktpolitik liegen sollte. Die derzeit virulenten Forderungen nach einem »Green New Deal« sind also eigentlich keine, vor denen sich die Sozialdemokratie fürchten müsste, denn ihre Grundgedanken wurden schon vor Jahrzehnten in der eigenen Partei diskutiert.

Warum wird die SPD dennoch nicht mehr mit solchen Projekten assoziiert? Der sozialdemokratische Umweltschutz litt zum einen immer unter einem ganz grundsätzlichen Problem: Der an sich selbst gestellte Anspruch, »Arbeit« und »Umwelt« miteinander zu verbinden, erfordert einen permanenten Aushandlungsprozess darüber, in welchem Verhältnis beide Werte denn nun zueinander stehen – mal erscheint das eine dringlicher, mal das andere. Nicht in jedem Fall wird sich beides gewinnbringend miteinander verbinden lassen, die sozialökologische Transformation droht immer auch Verlierer\_innen zu erzeugen. Die »Arbeit« hat in der SPD eine sehr viel größere Tradition als die »Umwelt«, dementsprechend selten entschieden sich

50 So Eppler beispielsweise anlässlich der Vorstellung des Papiers der Grundwertekommission »Die Arbeiterbewegung und der Wandel des gesellschaftlichen Bewusstseins und Verhaltens« im Februar 1982: »Freilich wäre es ein verhängnisvoller Irrtum, den Weg der Industriegesellschaft insgesamt als einen Fehler der neuzeitlichen Entwicklung zu beklagen und einen romantischen Rückfall in die angebliche Idylle vorindustrieller Zeiten zu propagieren.« Zit. nach Franz Osterroth/Dieter Schuster, Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Daten – Fakten – Hintergründe. Band 3: 1974 bis 1982, Bonn 2005, S. 569.



Wahlplakat anlässlich der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 1985. Quelle: AdsD, Rechte: Rechteinhaber nicht ermittelbar.

Sozialdemokrat\_innen im Zweifel für die Ökologie. Dass die Zeithorizonte beider Ziele bisweilen stark auseinanderfallen, verschärfte dieses Problem: Die Lösung der Umweltkrise ist vor allem ein Zukunftsthema und bezieht sich auf Problemlagen, die oftmals, wie beispielsweise der Klimawandel, erst mit der Verzögerung von Jahren oder Jahrzehnten in voller Tragweite sichtbar werden. Wirtschafts- und Beschäftigungskrisen sind jedoch meist unmittelbar spürbar und die Antworten auf sie entscheiden nicht selten über den Ausgang von Wahlen. Dies war in den 1990er-Jahren deutlich zu erkennen, und in der aktuellen Corona-Krise drohen die gleichen Mechanismen zu greifen.

Nicht nur die SPD muss angesichts dessen eine Position finden. Einen Weg zu formulieren, der zeigen kann, dass sich eine Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik für die Arbeitnehmer\_innen der Gegenwart und eine Politik der ökologischen Gerechtigkeit in der Zukunft nicht ausschließen müssen, sondern gegenseitig befruchten können, ist schwer, aber nicht unmöglich. Es ist der Sozialdemokratie bisher zu selten in ausreichendem Maße gelungen, vor allem in der Praxis. Wie die Balance zwischen »Arbeit« und »Umwelt« genau auszusehen hat, ist also eine Frage, die sie weiterhin vor Heraus-

forderungen stellen wird. Sie wird vor allem in der Umsetzung des sozial-ökologischen Umbaus sowie durch konkrete politische Vorschläge zu beantworten sein und sich nicht allein durch rhetorische und programmatische Kompromisse lösen lassen.

Der andere Grund scheint eine gewisse Geschichtsvergessenheit zu sein. Denn in dem Maße, in dem der Umweltschutz in den 1990er-Jahren immer mehr zum Instrument einer technologiepolitischen Wachstumspolitik verkam, ohne noch als Ziel für sich zu stehen, geriet in den Hintergrund, dass die SPD konzeptionell schon einmal deutlich weiter war. Wie so oft hilft der Blick zurück, um zu sehen, dass Probleme der Gegenwart schon in der Vergangenheit Antworten erforderten. Sie können zum Ausgangspunkt neuer Konzepte und Ideen werden. Für die Frage, wie eine überzeugende sozialdemokratische Politik in der Zukunft aussehen könnte, gilt das allemal. Zwar haben sich nicht nur die SPD, sondern beinahe alle politischen Parteien erst in den letzten Jahren wieder intensiver mit der Frage beschäftigt, wie eine sozial *und* ökologisch gerechte Gesellschaft aussehen kann. Der umweltpolitische Beschluss des SPD-Parteitag von 2019 konstatiert beispielsweise einen »Wendepunkt, an dem die Alternative heißt: Entweder kommt es schnell zu grundlegenden sozialen und ökologischen Reformen, oder wir geraten in eine Krise unserer Zivilisation.«



**Dr. des. Felix Lieb**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin.

Was, als »Wendepunkt« bezeichnet, wie eine unmittelbare und plötzliche Herausforderung erscheint, war aber schon vor Jahrzehnten Gegenstand intensiver innerparteilicher Debatten. Über die »Aufgabe der SPD, [...] unsere Gesellschaft sozial und ökologisch umzubauen«, wurde schon gestritten, als noch kaum jemand vom Klimawandel sprach. Die Auseinandersetzungen seit den 1970er-Jahren waren konfliktreich, aber auch produktiv, denn an Konzepten für eine Politik der »ökologischen Modernisierung« mangelt es in der Geschichte der SPD nicht. Sich ihrer und der mit ihnen verbundenen Reibungen, Rückschläge, aber auch Durchbrüche zu erinnern, würde helfen, den aktuellen Konflikten ihre Unversöhnlichkeit zu nehmen. Denn in einer Frage herrscht schon lange Konsens: »Die ökologischen und die sozialen Herausforderungen hängen [...] zusammen.«<sup>51</sup> Wer die Debatten über diese Tatsache einen Streit der Vergangenheit sein lassen kann, kann sich mit neuer Energie der Suche nach dem widmen, was aktuell benötigt wird: Instrumente, den sozial-ökologischen Umbau konkret zu gestalten.

51 Vorstand der SPD, Antragsbereich Ini/ Antrag 5. Parteivorstand. Wir bauen unser Land um: sozial, ökologisch, demokratisch, gerecht, in: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Beschlussbuch des Ordentlichen Bundesparteitags, 06.-08.12.2019, in Berlin, Berlin 2020, S. 113–133, hier S. 114.